

# *Stadt und Landkreis Dachau im Schatten des Konzentrationslagers*

*Von Dr. Anton Großmann*

Obwohl Dachau wegen des Konzentrationslagers in allen Werken über den Nationalsozialismus breiten Raum einnimmt, ist der Raum Dachau noch nie Thema einer wissenschaftlichen Lokalstudie gewesen. Aus diesem Grunde wurde nun hier das Archivmaterial, das im Rahmen des Forschungsprojekts »Bayern in der NS-Zeit« aufgearbeitet worden war, auf seine Bezüge zu Dachau

hin überprüft. Am Rande sei schon bemerkt, daß durch dieses Projekt bewiesen wurde, wie durch intensive und gezielte Forschung eine Archivaliensubstanz, von der man durch planmäßige Vernichtung und Kriegsschäden vieles verloren geglaubt hatte, aktiviert werden kann. Das große Projekt Widerstand und Verfolgung in Bayern, dessen Publikationen unter dem Titel »Bayern in der NS-

Zeit« veröffentlicht werden, geht nicht zuletzt auf den bayerischen Senator Linsert, der selbst Verfolgter war, zurück. Senator Linsert, der vor kurzem verstorben ist, schlug im Sommer 1971 im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Verfolgtenorganisationen dem bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus vor, Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945 in einem Forschungsauftrag untersuchen zu lassen. Die Anregung wurde aufgegriffen und in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Archiven Bayerns widmete sich das Institut für Zeitgeschichte einer methodisch neuartigen Erforschung und Dokumentation der Wirkungsgeschichte des Nationalsozialismus und der Verhaltensgeschichte unterschiedlicher sozialer Gruppen.

Neben der Erstellung eines dokumentarischen Überblicksbilds über die Alltagserfahrungen in der NS-Zeit in Bayern ging es in diesem Projekt um die Untersuchung einzelner Lebens- und Politikbereiche, wobei die Verhaltensformen, die zwischen den Extremen der begeisterten Regimebejahung und dem Fundamentalwiderstand lagen, in den Mittelpunkt gestellt werden sollten. Dazwischen liegt eine breite Palette verschiedener, graduell abgestufter Verhaltensweisen. Das Ergebnis der Untersuchungen, dies sei hier schon vorweggenommen, ist ein neuer Begriff des Widerstands, der *Resistenz* genannt wird. Resistenz umfaßt alle Kräfte, die die Herrschaft des Nationalsozialismus ein- und beschränkten. Der Grund für eine Neufüllung des Widerstandsbegriffs war der Versuch, von dem herkömmlichen Gebrauch des Begriffs Widerstand, der fast ausschließlich durch die Männer des 20. Juli 1944 besetzt ist, wegzukommen und eine Formel zu finden, die pädagogisch-didaktisch den Nachgeborenen zu vermitteln ist.

Auf der Suche nach der nachvollziehbaren Geschichte fanden sich ziviler Mut und Zivilcourage, die beträchtlich hoch aus dem riesigen Meer der ängstlichen Anpassung der Mehrheit der Bevölkerung herausreichten. Dazu war es nötig, daß der Blick der Historiker sich von den großen Staatsaktionen und der Person Hitlers den Menschen zuwandte, den Menschen, die von dieser sogenannten »großen Politik« betroffen waren. Widerstand, Opposition und Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus sind in konkrete Erfahrungswelten sozialer und lokaler Gruppen einzugliedern. Der Erfahrungshorizont des einzelnen Menschen ist und war begrenzt, dafür ist er aber auch der Nahoptik des Historikers leichter zugänglich.

Der äußere Rahmen für diese Verhaltensforschung ist der *Konflikt*; der Konflikt zwischen der Gesellschaft und der Herrschaft, zwischen den Beherrschten und Herrschenden. Entsprechend lautet auch der Untertitel der o. a. Bände »Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt«. Herrschaft bedeutet in diesem Fall die Alleinherrschaft des Nationalsozialismus und dessen Versuch, sich als alleinige Weltanschauung allen Deutschen aufzuzwingen. Gesellschaft ist das Feld, in dem sich Traditionen, Interessen, Erfahrungen, außerpolitische Institutionen, Organisationen der vornationalsozialistischen Zeit widerspiegeln. Der wirkungsgeschichtliche Widerstandsbegriff, Resistenz genannt, legitimiert sich auch dadurch, daß mutige Handlungen, seien sie aus bloßer wirtschaftlicher Interessenswahrung oder zur Verteidigung individueller Frei-

heit begangen, unter den Bedingungen des NS-Regimes immer politische Qualität hatten. Übersritten diese Taten die – lokal unterschiedliche – Toleranzschwelle der NS-Behörden oder wurden sie denunziert, erfolgte eine Strafverfolgung durch die Politische Polizei oder Gestapo, waren für die Betroffenen Gefängnisstrafen oder die Einlieferung in Konzentrationslager zu gegenwärtigen. Legitimiert ist die Suche nach resistentem Verhalten auch auf dem Hintergrund der Tatsache, daß der Sturz des verbrecherischen Regimes mißlungen ist, während die Resistenz in verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu registrieren ist.

Ein typisches Beispiel dafür ist die katholische Bauernschaft der agrarischen Provinz, also auch des Dachauer Umlandes. Die bäuerliche Bevölkerung hatte relativ wenig Anteil am nationalen Gedankengut und war damit eher immun gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie als weite Kreise des Bürgertums. Die wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit, die sich 1935/36 bei den Bauern breit machte, gab den Nährboden für die kollektiv-religiöse Opposition gegenüber dem Nationalsozialismus ab. Der Kreisleiter von Dachau befand 1937, daß die Bauern sich als ausgesprochene Gegner des Regimes zeigten und regte an, in Zukunft Darlehen und Zuschüsse nur zu gewähren, wenn ein politisches Unbedenklichkeitszeugnis gewährleistet, daß der Gesuchsteller in politischer Hinsicht einwandfrei sei.<sup>2</sup>

Unter Resistenz verstehen wir also, nochmals kurz zusammengefaßt,<sup>3</sup> jede Einschränkung oder Eindämmung des Nationalsozialismus aufgrund des Fortbestehens relativ unabhängiger Institutionen (Kirche, Bürokratie), ferner die Geltendmachung sittlich religiöser Normen, die Vertretung institutioneller und wirtschaftlicher Interessen und die Aufrechterhaltung rechtlicher, geistiger und künstlerischer Maßstäbe. Ausdruck finden diese Haltungen in verbotenen Streiks, in der Kritik an Maßnahmen der Nazis, in der Nichtteilnahme an NS-Veranstaltungen, die Verweigerung des Deutschen Grußes, im Zusammenhalt von Jugendgruppen und dem heimlichen Treffen von Mitgliedern der verbotenen politischen Parteien oder in der Ablehnung des Antisemitismus.

Dachau war 1933 eine Stadt mit etwa 8000 Einwohnern, Sitz des Bezirksamtes, des Finanzamtes und des Amtsgerichts. An überörtlichen Einrichtungen war ferner ein Zustellpostamt, ein Standesamt und eine Eisenbahnstation mit beschränktem Güterverkehr vorhanden. Das katholische Milieu der Stadt mit seinem ausgeprägten katholischen Vereinswesen machte die Stadt und den Landkreis zu einer uneinnehmbaren Festung für die Nationalsozialisten, zumindest auf demokratischem Wege mit Hilfe des Stimmzettels. Von den Land- bzw. Reichstagswahlen des Jahres 1920 bis zur Reichstagswahl am 5. März 1933 – die ja nur mehr eingeschränkt als freie Wahl bezeichnet werden kann – gewann die Bayerische Volkspartei immer nahezu die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Hier seien die Ergebnisse zweier Wahlen angeführt:

Bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 erreichte die Bayerische Volkspartei im Bereich des Bezirksamtes Dachau 50,4 % der Stimmen, der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund 10,3 %, die Sozialdemokratische Partei 14,8 %, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-

partei 12,9 % und die Kommunistische Partei Deutschlands 7,8 %. Bis zur letzten Wahl des 5. März 1933 hatte die NSDAP auf Kosten der BVP und des Bauern- und Mittelstandsbunds erheblich zugelegt und 29,5 % erreicht, dies war aber auf Bezirksebene eine der niedrigsten Stimmenzahlen, die die NSDAP in ganz Bayern erhielt. Die BVP bekam noch 41,4 % der Stimmen, der Bauern- und Mittelstandsbund 8,1 % und die SPD 13,2 %. Die demokratischen Parteien hatten, bei 6 % für die KPD, also deutlich die Mehrheit im Kreis Dachau.

Die Nationalsozialisten – dies sei hier beim Thema Wahlen eingeflochten – scheuten sich übrigens nicht, bei der Volksabstimmung am 12. November 1933 auch im Konzentrationslager Dachau abstimmen zu lassen und gaben dann das Ergebnis mit 99,5 % Ja-Stimmen an.<sup>4</sup> Aber eine konservative Mehrheit bewahrte auch Dachau nicht vor der Gleichschaltung der Stadt.

Es liegen vor die Halbmonats- bzw. Monatsberichte des Regierungspräsidiums bzw. des Regierungspräsidenten von Oberbayern, in die einige wenige Vorfälle aus Dachau Eingang gefunden haben. Die Ursache für die im Vergleich zu anderen Landkreisen stiefmütterliche Behandlung des Dachauer Raums ist unklar, das Geschehen um das Konzentrationslager war ohnehin aus diesen Berichten ausgeklammert. Anzunehmen ist, daß die Bevölkerung des Kreises ihrer konservativen Grundhaltung gemäß von offensichtlich regimiefeindlichen Aktivitäten Abstand nahm und sich in die schweigende Privatheit zurückzog. Vielleicht gilt für Dachau auch, was der Regierungspräsident Oberbayerns im Oktober/November 1935 schreibt:<sup>5</sup> »Infolge des leider noch häufig vorhandenen Denunziantentums (!) und angesichts des Eiferertums mancher Unterinstanzen sei zu beobachten, daß weite Schichten des Volkes und gerade solche der staatstreuen Bevölkerung nur mehr im allerengsten Kreis ihrer wahren Meinung über die öffentlichen, insbesondere örtlichen Verhältnisse Ausdruck geben, im übrigen aber in völlig ungerechtfertigter Verängstigung einfach den Mund halten«.

Wir haben aber eine Meldung vom August 1935, die sehr gut in das Schema des resistenten Verhaltens paßt. Der Katholische Burschenverein von Pipinsried im Landkreis Dachau stellte in diesem Monat einen Maibaum auf (wohl ein Primizbaum) und schmückte ihn mit den weißgelben Kirchenfarben. Nun hatte aber bereits am 30. Juli 1935 das Bayerische Staatsministerium des Innern alle Tätigkeiten der konfessionellen Jugendverbände, die nicht als rein kirchlich-religiös angesehen werden können, verboten. Da dieses Verbot in Bayern aufgrund einer Zusatzverordnung des Reichsführers-SS Heinrich Himmler vom 23. Juli 1935 besonders scharf überwacht wurde, erließ das Bezirksamt ein Betätigungsverbot gegen den Burschenverein und beschlagnahmte sein Vermögen. Die Begründung des Verbots entlarvt sowohl die großsprecherische Attitüde des Systems, als es auch die politische Dimension solcher Resistenz erneut aufdeckt. Das Verbot erfolgte nämlich wegen der »staatsfeindlichen Einstellung seiner Führer und seiner Mitglieder«.

Einheimische Dachauer tauchen in den Regierungspräsidentenberichten erst wieder 1945 auf, denn ein Eintrag vom Mai 1942 betrifft ein aus Berlin geflohenes jüdisches Ehepaar, das seit einem Jahr in Petershausen Unter-

schlupf gefunden hatte und der »Gestapo überstellt wurde« – wie es im damaligen NS-Beamtendeutsch hieß. Nicht untypisch für Bayern ist, daß sich Ortsansässige erst in der Endphase räsonierend widersetzen, denn die Beispiele antinationalsozialistischer Äußerungen häufen sich im Jahr 1945. Die politisch-moralische Entscheidung wird erst getroffen, wenn es um das Eigene geht, wenn der Krieg auch in der engeren Heimat droht. In diesem Fall handelt es sich um eine Frau – aus Gründen des Persönlichkeitsrechtsschutzes ist es nicht möglich, die Namen von Personen zu nennen, die nicht als »Personen der Zeitgeschichte« gelten –, die sich mit dem Regime eingelassen hatte. Eine BDM-Führerin aus Niederroth sagte vor einer Gruppe von Hitlerjungen, daß die BDM-Mädchen nicht mehr zum Appell antreten mußten, da »mit der NSDAP sowieso bald Schluß« ist.

Die soeben zitierten Regierungspräsidentenberichte<sup>6</sup> basieren auf den Landratsberichten, diese wiederum auf den Berichten der Gendarmeriestationen. Letztere sind nur in geringen Restbeständen erhalten und bei den Landratsamtakten sind offensichtlich nur solche aufbewahrt worden, deren Titel nicht automatisch auf Material schließen ließ, das sich nach dem Ende der NS-Herrschaft als belastend erweisen könnte. Gerade für Dachau ist der Bestand so dünn, daß auf eine systematische Vernichtung geschlossen werden muß. Kurz ein paar Worte zur Geschichte der Landrats- bzw. Bezirksämter. Die Bezirksämter waren 1862 bei der Trennung von Rechtspflege und Verwaltung als Verwaltungseinheiten geschaffen worden und verstanden sich als Vollzugsorgane der Regierungsbezirke bzw. der Staatsministerien. Ihr Geschäftsbereich umfaßte die innere Verwaltung und die Polizei. Die Dritte Verordnung über den Neuaufbau des Reiches vom 28. November 1938 ersetzte, dem Führerprinzip folgend, das Bezirksamt durch den Landrat (als Dienststelle Landratsamt benannt), der Verwaltungsbezirk wurde in Landkreis umbenannt. Dies als ein Beispiel für die modernistischen Bestrebungen im Nationalsozialismus.

Zum Inhalt der Landratsakten. Sie berichten über die Verfolgung der Katholischen Kirche und von Minderheiten wie denen der Ernsten Bibelforscher sowie über die Zwangseinweisung von Geisteskranken. 1935 wurden die Ernsten Bibelforscher im Kreis Dachau verboten und jegliche Werbung oder Verteilung von Schriften untersagt. Ein Dachauer Bibelforscher, der sich dennoch weiter öffentlich zu seinem Glauben bekannte, wurde vom Sondergericht München angeklagt. Leider sind diese Unterlagen verloren. 1939 wurden die Marianische Jungfrauenkongregation und die katholischen Jungmännervereine zwangsweise aufgelöst und ihr Vermögen eingezogen. Aus den Tagesberichten von 1934 sind uns zwei Personen bekannt, die wegen »abfälliger Äußerungen gegen die NS-Bewegung« oder wegen der Verwendung »gemeiner Ausdrücke gegen den Herrn Reichskanzler« aktenkundig wurden. In beiden Fällen wurde offensichtlich mit einem strengen Verweis dem Gesetz Genüge getan. Schlimmer erging es fünf Bewohnern des Dachauer Landkreises im Jahre 1934, von denen zwei wegen Arbeitsscheue, die anderen wegen Verächtlichmachung des Winterhilfswerks, der Beschimpfung Görings und der »Unruhestiftung und Aufreizung zu Gewalttaten« in Schutzhaft genommen wurden.

Die Zahl der Dachauer Sozialdemokraten und Kommunisten, die im Laufe der ersten zwei Verhaftungswellen des Jahres 1933 in das Konzentrationslager eingewiesen wurden, ist nicht exakt feststellbar, sichere Unterlagen liegen für einen Spengler, einen Hilfsarbeiter und einen Schlosser, alle drei wohnhaft in Dachau und offensichtlich Mitglieder der KPD, vor, die laut Beschluß des Bezirksamtes Dachau vom 28. April 1933 an den Kommandanten des Konzentrationslagers, nachdem sie bis dato im Dachauer Polizeigefängnis eingesperrt waren, übergeben wurden.

Überraschend ist der Nachweis, daß ein Dachauer Bauer für drei Monate im Konzentrationslager eingesperrt war, da das Regime drastische Maßnahmen gegen Angehörige des Bauernstandes zumeist vermied. Leider fehlen genauere Unterlagen über den Landwirt aus Lanzenried, vor allem wären seine »staatsabträglichen Äußerungen« im Wortlaut interessant. Überliefert sind uns dagegen die Aufschriften auf den Zetteln, die in der Nacht vom 5. auf den 6. August 1934 am Postamt, an der Papierfabrik und am Ortskrankenhaus in Dachau angeschlagen wurden. Auf allen sieben Zetteln stand:

»Wir Bauern schenken Hitler Vertrauen,  
dafür hat er uns übers Ohr gehauen  
Henker und Blutrichter an die Laterne  
Der Tag der Rache ist nicht ferne  
Hab Mut  
Sprecht frei und offen  
Der Terror wird gebrochen  
Der Aktenvermerk schließt lapidar: »Täter nicht ermittelt.«

Freiheit

Freiheit

Freiheit«

Ein anderes Ereignis, das auch in den örtlichen Erinnerungsschatz<sup>7</sup> der Dachauer eingegangen ist, und das auf ein doch mehr zurückhaltendes Verhältnis der Bevölkerung zu den SS-Bewachungstruppen des Konzentrationslagers schließen läßt, betrifft eine Schlägerei zwischen österreichischen SS-Mannschaften und Zivilisten in der Bierhalle auf dem Volksfestplatz. Der Landratsbericht vom 23. August 1934 meldet:

»Die örtlichen Polizeimannschaften kamen dabei in große Bedrängnis und wurden auch mißhandelt; die Ordnung konnte erst wieder durch das herbeigerufene Überfallkommando des KZs und der Polizeidirektion München wieder hergestellt werden.« Aus den Landratsakten ergibt sich ferner, daß 1934 die Predigten in den Kirchen mitgeschrieben wurden, wobei ein Berichterstatter anlässlich des entschiedenen Hirtenbriefs gegen die Sterilisation folgende Stimmung zu erkennen glaubte: »Der Hirtenbrief erregte auf dem Lande Anstoß . . . da die Kirche doch nicht das, was der Staat befiehlt, verbieten dürfe«. Dies ist eine zweifelhafte Interpretation der Volksmeinung, denn die kirchenfromme Bevölkerung maß Kanzelverkündigungen sicher mehr Bedeutung bei als nationalsozialistischen Phrasen zur Rassenfrage. Dies zeigt sich auch in der Haltung gegenüber Juden, denn kein Dachauer wurde zum fanatischen Antisemiten. Da in Dachau allerdings keine jüdische Kultusgemeinde, keine jüdische Organisation und auch kein jüdisches Geschäft in der Stadt oder dem Kreis bestand, wurde das Verhalten auch auf keine ernsthafte Probe gestellt. Zugunsten der deutschen Mitbürger jüdischen Glaubens hätte man sich dennoch einsetzen können, denn bei den wenigen Juden, die im Kreis-

gebiet lebten, wurden Haussuchungen durchgeführt und einige bei Nacht und Nebel nur mit Handgepäck auf die Straße geschickt. Auch hier gilt: Das NS-Regime hätte die Judenpolitik nicht in dieser furchtbaren Konsequenz durchführen können, wenn das Verhalten der Bevölkerung anders gewesen wäre und die NSDAP nicht auf allenfalls schweigende Mißbilligung, sondern auf wirkliche Opposition getroffen wäre. Der Beweis ist in der Euthanasiefrage, in der sich allerdings auch die katholischen Kirche stärker engagierte, erbracht.

Am 20. Januar 1939 schreibt der Kreisamtsleiter an den Kreisleiter: »Diejenigen Juden, die bis 9. November 1938 ihren Wohnsitz in der Stadt Dachau hatten, haben sich inzwischen ordnungsgemäß abgemeldet und sind verzogen. Die Stadt Dachau ist somit heute völlig judenfrei, das gleiche gilt auch vom übrigen Kreisgebiet«. Dieser Brief findet sich übrigens nicht in den Landratsakten, sondern im Bestand der NSDAP. Aus einem Briefwechsel mit dem Landrat wissen wir aber, wie das »Abmelden« in Wirklichkeit vonstatten ging. Am 10. November 1938 wurde einer jüdischen Frau in Abwesenheit ihres Mannes von drei Herren mit Parteiausweisen befohlen, das Haus und Dachau bis spätestens 6 Uhr des nächsten Morgens zu verlassen. Andernfalls drohe Verhaftung. Die Frau mit zwei kleinen Kindern packte das Allernötigste zusammen und verließ Dachau; offensichtlich auch die anderen sechs in Dachau ansässigen Juden.

Bei der Durchsuchung des Haushalts eines abwesenden Juden wurde kurzerhand eine Barockvitrine und eine Biedermeierstanduhr beschlagnahmt und dem Bezirksmuseum Dachau übergeben. Übrigens hat sicher die Besitzgier bei dem tatenlosen Zuseher eine Rolle gespielt, denn der jüdische Besitz wurde ja »arisiert«. Der Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern und Oberpfalz bemerkt dazu im Januar 1939: »Bei den Veräußerungen des jüdischen Grundbesitzes stehen sich teilweise mehrere Bewerber gegenüber, die sich erbittert bekämpfen und verdrängen möchten«. Insgesamt aber »vollzieht sich die Überführung der jüdischen Geschäfte in arische Hände bzw. die Auflösung dieser Geschäfte in Ordnung und wird bald abgeschlossen sein«.

Daß im Landkreis Dachau auch die Postüberwachung praktiziert wurde, geht aus den Landratsakten ebenfalls hervor, doch findet sich auch Angenehmeres. So wurde einem polnischen Fremdarbeiterehepaar, das sein Kind in die Kirche zum Taufen brachte, anonym ein Geschenk hinterlegt, auf dem geschrieben stand: »Für den armen kleinen Polen«. Im Paket waren, so wird uns überliefert, 3 m Windelstoff, eine große Menge Wolle und andere Dinge.

Zu einer Staatsaktion fast komischen Ausmaßes führte eine Postkarte, die am 15. Oktober 1933 den Konzentrationslagerkommandanten Eicke erreichte. Auf der Karte stand: »Der schon längst gesuchte Arbeitsscheue . . . in den Baracken der ehemaligen Deutschen Werke hält sich bei seinen Eltern verborgen«. Eicke ersuchte die Bayerische Politische Polizei um eine Untersuchung; diese wandte sich an das Bezirksamt, dieses an die Gendarmerie-Hauptstation Dachau. Dort endlich handelte ein bayerischer Gendarm seinem gesunden Menschenverstande folgend und schloß den Akt mit dem Vermerk »Wahrscheinlich handelt es sich um eine Verkauferei«.

Auf die NSDAP-Akten sind wir schon im Zusammenhang mit den Judenverfolgungen gestoßen. Der NSDAP-Bestand ist zum überwiegenden Teil am Ende des Krieges verloren gegangen oder vernichtet worden. Aus Dachau sind nur noch zwei Titel vorhanden: Der erste, der am 11. November 1938, also am Tag nach der Reichskristallnacht, angelegt wurde und bis zum 20. Januar 1939 führt. In diesen Akten finden sich auch die Vollmachten, die die Juden zur Verwertung ihres Besitzes zu unterschreiben hatten. Ähnliche Vollmachten mußten alle Juden unterschreiben, die nach dem 10. November 1938 in Konzentrationslager eingeliefert wurden. Im zweiten Titel der Parteiakten finden wir ein Beispiel für die nationalsozialistische Sippenhaft. Einem Jungen aus Obergrashof, dessen Mutter wegen des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen mit Zuchthaus und Ehrverlust bestraft worden war, wurde auf Beschluß der NSDAP-Kreisleitung keine Ausbildungsbeihilfe gewährt.

Ein weiterer interessanter Aktenbestand ist der des Sondergerichts München. Die Sondergerichte wurden als Folge der Notverordnung der Reichsregierung vom 21. März 1933 als Schnelljustiz ohne Revisionsmöglichkeit und mit verkürzten Rechtsmitteln für die Angeklagten eingerichtet. Das Sondergericht München beim Landgericht München I war zuständig für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben. Es richtete Verstöße gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 und gegen das »Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform« vom 20. Dezember 1934. Es war allerdings auch noch für insgesamt zehn andere Verordnungen und Gesetze zuständig; demgegenüber hatten vier Amnestieerlasse Einfluß auf die Urteilsfindung. Die 10000 Akten des Sondergerichts haben den Zweiten Weltkrieg weitgehend überstanden. Trotz dieser enormen Breite an möglichen Delikten, unter denen man eher Gewalttaten oder Attentate vermuten möchte, war das Sondergericht von 1933 bis 1939 im wesentlichen mit der Strafverfolgung harmloser individueller regimekritischer Äußerungen befaßt. Das Sondergericht diente als Instrument der Unterdrückung der freien Volksmeinung. Dies ging sogar bis zu Ahndung von Äußerungen, die im Zustand der Trunkenheit an Stammtischen getan wurden. Von 1939 bis 1945 beschäftigten das Sondergericht München hauptsächlich Fälle der Wehrkraftzersetzung. Hinter diesem bombastisch klingenden Gesetz verbergen sich allerdings nur die Fälle privaten Umgangs mit Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern. Auch darin können wir die besondere Qualität erkennen, die dem oben erwähnten Geschenk an polnische Fremdarbeiter beizumessen ist.

Zwischen 1933 und 1945 fanden insgesamt 24 Verfahren vor dem Sondergericht München gegen Dachauer Bürger statt. Nicht mitgezählt wurden dabei Anklagen wegen Diebstahls, Schwarzschlachtens etc. Diese Zahl entspricht durchaus den Städten gleicher Größenordnung und ist in keiner Weise auffallend. Die Vermutung, daß wegen der Nachbarschaft zum Konzentrationslager die Zahl der Heimtückefälle größer sein müßte, wird nicht bestätigt.

Gerade aber der erste Fall aus dem Jahre 1933 steht in Verbindung mit dem Konzentrationslager. Ein 29-jähriger

Schlösser, Mitglied der KPD, wurde wegen der Behauptung, im Konzentrationslager Dachau verhungerten wöchentlich etwa 2 bis 3 Häftlinge, im Februar 1934 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer Fall, bei dem das Konzentrationslager nachweislich eine Rolle spielte, war der eines jüdischen Schneiders. Der 25-jährige hatte in München über das Konzentrationslager gesprochen und wurde wegen des »Erzählens von Greueltatsachen« im Januar 1935 zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Haftzeit wurde er ins Konzentrationslager Dachau überstellt. Offensichtlich sprachen die Dachauer über das Konzentrationslager eher außerhalb der Mauern ihrer Stadt.

Ein Dachauer Bauhilfsarbeiter hatte bereits als 19-jähriger Hitler als Schwindler bezeichnet und war dafür 1933 zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Als er sich 1936 über das Konzentrationslager äußerte, erhielt er fünf Monate Gefängnis, die im Lager zu verbüßen waren. Als seine Strafe eigentlich zur Bewährung ausgesetzt worden war, wurde er dennoch weiter als Schutzhaftgefangener festgehalten. Im Gegensatz dazu wurde das Verfahren gegen einen aus Dachau stammenden SS-Wachmann, der Einzelheiten über die Behandlung der Gefangenen erzählt hatte, eingestellt.

Im Jahre 1941 kursierte unter einigen Dachauern das Gerücht, Himmler, Fiehler, Wagner und Weber seien in das Konzentrationslager eingeliefert worden. Als Urheber wurden ein Postfacharbeiter aus Hebertshausen und eine Kraftwagenführersehefrau angeklagt. Der Postarbeiter erhielt 1943 sechs Monate Gefängnis, die Frau wurde freigesprochen.

An weiteren Gerichtsakten stehen uns die des Oberlandesgerichts München zur Verfügung. Der überwiegende Teil dieses Bestandes wurde durch Kriegseinwirkung zerstört. Etwa 500 von den 2800 bekannten Fällen sind erhalten, von den anderen aber oft noch das Urteil und die Anklageschrift. Vor dem Oberlandesgericht München, das bis zum 31. März 1935 noch Bayerisches Oberstes Landesgericht hieß, verhandelte man die Mehrzahl der Fälle oppositioneller Aktivitäten, die sich aus der Fortsetzung der verbotenen politischen Parteien SPD, KPD etc. ergaben. Das Oberlandesgericht war also für schwerere Fälle als das Sondergericht zuständig, spektakuläre Fälle gingen zumeist an den Volksgerichtshof. Meines Wissens war kein Dachauer vor dem Volksgerichtshof angeklagt. Das einzige Ermittlungsverfahren vor dem Oberlandesgericht München gegen eine größere Gruppe von Dachauer Bürgern begann im Mai 1937 und richtete sich wohl, da es sich bei den neun Verdächtigen in erster Linie um Hilfs- und Bauarbeiter handelte, gegen die illegale Fortsetzung einer sozialistischen Arbeiterpartei. Das Verfahren wurde im Dezember 1937 eingestellt. Über die unmittelbare Machtergreifung im März 1933 und das Verhalten der Dachauer Bevölkerung, das sich nicht in den Akten niedergeschlagen hat, ist bisher noch nicht gesprochen worden. Gerade über letzteres gehen die Meinungen verständlicherweise auseinander, und nur eine sorgfältige Lokalstudie könnte dies erhellen.<sup>8</sup>

Noch ein kurzes Wort zu Befragungen. Es hat sich im Verlaufe des Bayern-Projekts gezeigt, daß Interviews nach dieser langen Zeit, selbst mit jenen, die am Widerstand aktiv beteiligt waren, aus methodischen Gründen

sehr unzuverlässig sind und meist wenig Neues erbringen. Oft wird ja wegen mangelnder Befragung der Überlebenden der Vorwurf erhoben, die Historiker benützten nur die Quellen der Herrschenden und übernahmen damit auch die Perspektive der Herrschenden. Ich glaube, daß dieser Vorwurf schon durch die hier vorgetragenen Zitate widerlegt ist. Man kann davon ausgehen, daß die Quellen der unteren amtlichen Stellen authentisches Verhalten berichten und von der wahren Einstellung der kleinen Leute erzählen. Subjektivität und Individualität der Menschen ist dabei leicht aufzuspüren.

Es steht fest, daß im Rahmen der Übernahme des Dachauer Stadtrates durch die Nationalsozialisten neun Kommunisten und ein SPD-Stadtrat vom 10. bis 15. März 1933 im Amtsgerichtsgefängnis zu Dachau eingesperrt waren. Drei der Kommunisten kamen später ins Konzentrationslager. Am 22. März 1933 wurde nochmals eine größere Anzahl von Kommunisten und Mitgliedern der Roten Hilfe ebenso wie fünf Sozialdemokraten vorübergehend inhaftiert.

Unzweifelhaft ist auch, daß viele Dachauer den KZ-Häftlingen auf vielerlei Art und Weise geholfen haben. Köckert<sup>9</sup> berichtet von einer Frau, die über Jahre hinweg Lebensmittel und Medikamente in den SS-Porzellanbetrieb hinein- und Briefe herausschmuggelte. Andere Dachauer steckten den Häftlingsgruppen, die in den Holzlagern an der Amper arbeiteten, Lebensmittel zu. Eine Frau erzählt: »Ich arbeitete damals in der Schneiderei der SS als Zivilangestellte. Es war eine gemeine Antreiberin am Band. Es passierte oft, daß Frauen vor Überarbeitung umfielen. Zwölf Stunden betrug unsere Arbeitszeit. Am Abend, wenn wir nach Hause gingen, wurden wir von KZ-Häftlingen abgelöst. Die mußten dann die 12 Stunden in der Nacht machen. Die waren ja nun viel schlimmer dran als wir. Halb verhungert, die armen Kerle. In Abfallkörben und Behältern suchten sie immer nach Eßbarem. Da hab ich dann oft mein Radibrot unter die Maschine gelegt. Mehr hatten wir ja selbst nicht. Eine Scheibe Brot mit einem Radi aus unserem Garten drauf.« Diese Beispiele ließen sich bestimmt fortsetzen. Erwähnt werden muß aber noch ein Rechtsanwalt, der das einzige Notariat in Dachau hatte und sowohl Juden als auch KZ-Häftlingen nach besten Kräften zu helfen suchte.

Nico Rost geht in seiner Schrift »Konzentrationslager Dachau. Die Stadt trägt keine Schuld« in der Beurteilung der Haltung der Dachauer sogar noch einen Schritt weiter: »Es liegen Beweise dafür vor, daß es während dieser 12 Jahre zwischen einem Teil der Einwohner und der SS eine Kluft gegeben hat, daß man, wann und wo es irgend möglich war, der SS aus dem Wege gegangen ist. So haben sich zum Beispiel nicht nur Dachauer Mädels geweigert, mit SS-Angehörigen zu tanzen, sondern es kam regelmäßig, vor allem bei jeder Kirchweih, zu Schlägereien zwischen Burschen aus Dachau und Umgebung mit der SS. Mutige Männer und Frauen haben, wenn Häftlinge durch die Stadt geführt wurden, ihnen heimlich eine Zigarette oder ein Stück Brot zugesteckt, und sie haben auch auf andere Art versucht, das Los der Häftlinge zu erleichtern, obwohl sie dabei riskierten, selbst ins KZ zu kommen.«

Auch die eigentlichen Vorgänge um den Dachauer Aufstand von 1945 dürfen als gesichert gelten. Darüber hat

schon Josef Schwabber berichtet.<sup>10</sup> Auch François Goldschmitt erwähnt den Aufstand in seinem Erinnerungsbuch »Die letzten Tage von Dachau«.

Als die Freiheitsaktion Bayern über Rundfunk zum Aufstand gegen den Nationalsozialismus rief, vereinigten sich aus dem Konzentrationslager ausgebrochene Sozialdemokraten und Kommunisten am 28. April 1945 mit Dachauer Bürgern in der oberen Stadt und besetzten das Rathaus. SS-Mannschaften vom Konzentrationslager Dachau schlugen den Aufstand nieder, sieben Aufständische verloren ihr Leben.

Soweit ist alles gesichertes Wissen. Unklar ist, ob sich schon Anfang April 1945 Dachauer zusammengetan hatten, um im Falle der sich anbahnenden Kriegsniederlage eine friedliche Übergabe der Stadt zu gewährleisten. Unklar ist auch, ob ein Geheimtreffen stattfand, das die Sprengung der Amperbrücke verhindern sollte.

Auch von der Übergabe der Stadt selbst gibt es zwei Varianten, eine bürgerliche und eine sozialistische. Die einen sagen, daß der Stadtpfarrer den amerikanischen Truppen entgegentzog und bat, die Stadt zu verschonen. Die anderen sagen, daß sich ein Angehöriger des kommunistischen Jugendbundes zu den Amerikanern durchgeschlagen habe, um sie zur Eile anzutreiben. In den Gefechtsberichten der 42ten und 45ten Infanteriedivision, die am 29. April 1945 Dachau eroberten, finden sich keinerlei Hinweise,<sup>11</sup> obwohl sie sehr detailliert und unerschrocken offen sind: »Now came the man of the Second Battalion to move in and wipe out SS guards who had refused to surrender and who were directing sniper fire at the advancing Americans«.

Ein endgültiges Urteil kann man wohl erst dann sprechen, wenn der Erlebnisbericht des 180. Infanterieregiments, das nach dem Abzug der Kampftruppen die Verwaltung des Landkreises Dachau übernahm, einzusehen ist<sup>12</sup> und die Studien der Militärregierung (Field Operation Division) vorliegen.<sup>13</sup>

Drei Berichte der siebten amerikanischen Armee über das Konzentrationslager und die Stadt Dachau sind bereits zugänglich.<sup>14</sup> Die zwei Untersuchungen des »Office of Strategic Services« und des »Counter Intelligence Corps« über das Konzentrationslager sollen uns hier nicht weiter interessieren. Der Bericht des »Psychological Warfare Branch« hatte es sich zur Aufgabe gestellt, festzustellen, wieviel die Stadtbevölkerung über die Vorgänge im Lager weiß und wie die jetzige Einstellung zu diesem zwölf Jahre dauernden ungeheuerlichen Verbrechen war, das »ihre verschlafene kleine Stadt zu einem weltbekannten Ort gemacht hat«.

Erbittert berichten die Amerikaner, daß die Standardentschuldigung der Dachauer, NSDAP-Mitglieder oder nicht, war: »Wir sind alle belogen worden«. Alle gaben aber zu, daß sie von der Existenz des Lagers wußten, daß sie die Arbeitskommandos unter Bewachung durch die Straßen hatten marschieren sehen und daß sich die SS in den Jahren 1934/35 auch der Stadtbevölkerung gegenüber brutal benommen habe. Den Amerikanern wurde aber auch klar, daß viele Bürger versucht hatten, den Insassen, die mit Arbeitskommandos außerhalb des Lagers unterwegs waren, zu essen zu geben. Über die Züge, mit denen die Gefangenen nach Dachau transportiert worden waren, äußerten sich die Einheimischen sehr zurückhaltend:

»Sie seien meist in der Nacht gekommen«. Die Bevölkerung hatte Angst; der Schatten des Lagers lag drohend über der Stadt.

Andererseits, so stellt der amerikanische Bericht fest, sei das Konzentrationslager ein blühendes Geschäft für die Stadt gewesen: »Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß die meisten ausgesprochenen Antinazis solche Leute waren, die es sich gewissermaßen leisten konnten, weil sie geschäftlich mit der SS nichts zu tun hatten«. Die Schlußfolgerung lautet: »Es gibt keinen Bürger in Dachau, der nicht das Gefühl hatte, daß am Rande seiner Stadt etwas faul, fürchterlich faul war«.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Bayern in der NS-Zeit I. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. Hrsg. von *Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann*. München 1977. – Bayern in der NS-Zeit II. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil A. Hrsg. von *Martin Broszat* und *Elke Fröhlich*. München 1979. – Bayern in der NS-Zeit III. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil B. Hrsg. von *Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Großmann*. München 1981. – Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil B. Hrsg. von *Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Großmann*. München 1981.
- <sup>2</sup> Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, S. 364.
- <sup>3</sup> Siehe dazu *Martin Broszat*: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, S. 697.

<sup>4</sup> Münchner Neueste Nachrichten vom 13. 11. 1933.

<sup>5</sup> Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MA 106670, Monatsbericht vom 11. November 1935.

<sup>6</sup> Der Zugang zu den Beständen des Staatsarchivs München und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs wird durch die ausgezeichneten Spezialinventare, herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, sehr erleichtert.

<sup>7</sup> *Louis Köckert*: Dachau – und das Gras wächst . . . Ein Report für die Nachgeborenen. Dachau 1976.

<sup>8</sup> Erste Schritte in diese Richtung unternahm *Dirk Rumberg* in seinem Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte 1980: »Alltag in Dachau 1933«.

<sup>9</sup> Köckert.

<sup>10</sup> *Josef Schwalber*: Dachau in der Stunde Null. Amperland 4 (1968) 83–87. – *Ders.*: Dachau nach der Stunde Null. Amperland 5 (1969) 32–36.

<sup>11</sup> 42nd »Rainbow« Infantry Division. A. Combat History of World War II. Baton Rouge/Louisiana 1946. – The Fighting Forty-Fifth. The Combat Report of an Infantry Division. Baton Rouge/Louisiana 1946.

<sup>12</sup> US Army Military History Institute (Hrsg.): Special Bibliographic Series, No. 4, Vol. II. Carlisle o. J., S. 320.

<sup>13</sup> Dieses Material wird zur Zeit im Rahmen eines vom Institut für Zeitgeschichte durchgeführten Projekts in Amerika verfilmt. In Frage kommen folgende Archivalien: OMGUS, FOD 9/7–3/5,6, 7,8–10, 47–49.

<sup>14</sup> Institut für Zeitgeschichte, Fa 54.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Anton Großmann, Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19